

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni 2020 fragte ich, ob der Mietendeckel auch für Anschlussvermietungen bei der Gewobau gelte und wie hoch diese Mieterhöhungen - falls erfolgt - in den letzten Jahren ausgefallen seien. Die Antwort war jedoch unvollständig. Einerseits zeigte sich, dass der Mietendeckel gar kein Mietendeckel ist, denn die Anschlussvermietungen fallen nicht unter den Mietendeckel. Andererseits wurde keine Auskunft über die Höhe der Mieterhöhungen aus Anschlussvermietungen gegeben. Der Magistrat möge dies nachholen und die Anfrage vollständig und ausführlich beantworten.

Stellungnahme/Antwort durch:	GeWoBau Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den Begriff des „Mietendeckels“ gibt es keine Legaldefinition.

Die Formulierung im Programm Marburg Miteinander orientiert sich an einer Forderung des Marburger Ablegers des Bündnis Mietenwahnsinn Hessen, in dem u. a. der Mieterbund, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände wie die Parität, die Diakonischen Werke, die Lebenshilfe, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. oder die Lebenshilfe – Landesverband Hessen e.V., mehrere ASten sowie zahlreiche weitere Organisationen mitwirken.

Gefordert wurde für Marburg, „nach dem Vorbild der landeseigenen Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt soll die Stadt einen Mietendeckel für die städtische GeWoBau einführen und dadurch sicherstellen, dass Mietsteigerungen auf ein Mindestmaß begrenzt werden.“ Die Nassauische Heimstätte erhöht Bestandsmieten laut Aussage der Hessischen Wohnungsbauministerin Priska Hinz, die Aufsichtsratsvorsitzende der Unternehmensgruppe ist, jährlich um 1 Prozent.

Der Marburger Mietendeckel als Teil des Programms Marburg Miteinander geht deutlich weiter, indem Bestandsmieten überhaupt nicht erhöht werden.

Zu den angefragten Zahlen: die durchschnittliche Miete der GeWoBau beträgt 5,50 €/m². Die durchschnittlichen Kaltmieten bei Vertragsabschluss sind in den vergangenen Jahren wir folgt gestiegen und liegen damit immer noch bis zu 70 Prozent unter Neuvermietungen am Wohnungsmarkt:

2011	5,12 €/m²
2012	5,07 €/m²
2013	5,13 €/m²
2014	5,31 €/m²
2015	5,46 €/m²
2016	5,51 €/m²
2017	5,82 €/m²
2018	6,12 €/m²
2019	6,16 €/m²
2020	6,39 €/m² (vorläufig)

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie viele Soloselbstständige sind bisher durch das Hilfsprogramm der Stadt Marburg gefördert worden und wie hoch sind die bisher hierzu verausgabten Finanzmittel?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Hilfspaket Marburg Miteinander sind viele Bausteine zur Unterstützung für Soloselbstständigen enthalten.

Für den Notlagenfond für Soloselbstständige werden gerade die Förderbedingungen erarbeitet.

Vorerst wurden die Soloselbstständigen beraten über die Hilfsprogramme des Landes- und Bundes, da diese vorrangig zu beantragen sind. Zudem hat der FD Kultur den Soloselbstständigen vorgeschlagen coronakompatible Projektformate zu entwickeln, die über geänderte oder zusätzliche Projektförderungen von FD Kultur unterstützt werden könnten. Dies wurde aber bisher eher von Vereinen in Anspruch genommen. Im Bereich Kunst haben etliche Künstler*innen von der Aktion Sommerstadt Marburg profitiert.

Auch bei der Stadt-Geld-Aktion waren Soloselbstständige zugelassen, wie etwa Fotograf*innen oder Musiklehrende. Dies wurde auch von einigen genutzt, wie z.B. Galerie JPG, die Ihre Künstler*innen damit unterstützte. Leider ist die Abgrenzung der Soloselbstständigen bei der Auswertung schwierig, weshalb hier keine präzisen Zahlen genannt werden können.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Ist dem Magistrat bekannt, ob die finanzielle Unterstützung für Soloselbstständige aus dem Hilfsprogramm der Stadt auf die Hartz IV Leistungen angerechnet wird, falls ja, welche Möglichkeiten sieht der Magistrat dies abzuwenden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den Notlagenfond für Soloselbstständige werden gerade die Förderbedingungen erarbeitet, weshalb eine rechtssichere Beantwortung und Einschätzung nicht möglich ist. Die Regelungen zur Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Tätigkeit im SGB II sind sehr diffizil. Wir gehen davon aus, dass eine Leistung aus dem städtischen Coronahilfe-Fonds eine Betriebseinnahme eines z.B. Solo-Selbstständigen, der beim Job Center (ergänzendes) Arbeitslosengeld II beziehen könnte, darstellt. Dann würde die Leistung nicht direkt auf den Arbeitslosengeld II Anspruch angerechnet werden. Nur wenn sich aus der Betriebstätigkeit unter Berücksichtigung der Coronahilfe z.B. in einer Gewinn- und Verlustrechnung (GUV) ein Gewinn ergibt, wäre der Gewinn aus Betriebstätigkeit auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie kann der Magistrat eine Aufnahme von geflüchteten Mitmenschen - auch Minderjährige - bei/in bereits in Deutschland lebenden Privatpersonen/Familien direkt nach dem Stellen des Asylantrags ermöglichen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 52 - Migration und Flüchtlingshilfe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Regierungspräsidium Darmstadt erstellt für Hessen die Zuweisungsbescheide von Asylbewerber_innen an die Landkreise. Nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) sind die Landkreise zur Aufnahme und Unterbringung dieses Personenkreises verpflichtet. In Absprache mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf übernimmt die Universitätsstadt Marburg ihren Anteil an Personen zur Unterbringung im Stadtgebiet. Dabei werden im Rahmen der Zuweisung, wenn möglich, persönliche Belange berücksichtigt. Eine darüberhinausgehende Einflussnahme des Magistrats bei der Aufnahme von geflüchteten Mitmenschen ist rechtlich nicht vorgesehen.^

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

In der Oberhessischen Presse wurde berichtet, dass zum Jahreswechsel die Umstellung der Gelben Säcke auf Gelbe Tonnen erfolgen soll. Wann genau wird den Haushalten die Gelbe Tonne zugewiesen?

(vgl.: <https://www.op-marburg.de/Marburg/Tonne-soll-den-gelben-Sack-im-Landkreis-Marburg-Biedenkopf-ersetzen>)

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Entsprechend der Abstimmungsvereinbarung sind die gelben Tonnen im Zeitraum 15.11.2020 bis 28.02.2021 aufzustellen. Bis zum Abschluss der Behälteraufstellung sind durch den Entsorger weiterhin gelbe Säcke zur Verfügung zu stellen.

Aktuell liegen noch keine konkreten Planungen des Entsorgungsunternehmens über die Verteilung der gelben Tonnen vor. Sobald die genauen Termine von dort vorgelegt worden sind, werden die Marburger Bürgerinnen und Bürger umgehend darüber informiert werden.

Ergänzend dazu wird darauf hingewiesen, dass der Bereich der Oberstadt aufgrund der beengten Platzverhältnisse nicht mit gelben Tonnen ausgestattet wird. Für die Oberstadt wurde mit dem Systembetreiber DSD abgestimmt, dass die Einsammlung der Verkaufsverpackungen in diesem Gebiet weiterhin mittels „gelber Säcke“ erfolgen soll. Die Bereitstellung der Gelben Säcke für die Oberstadt erfolgt wie bislang durch die einmalige Verteilung sowie Bezugsmöglichkeit bei einer Ausgabestelle in der Oberstadt (voraussichtlich: Rathaus, Botenmeisterei) und im Abfallservicebüro der Stadtwerke, Am Krekel 55.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Werte hatten die letzten regelmäßigen Trinkwasseranalysen am Schröcker Elisabethbrunnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Elisabethbrunnen ist eine Anlage die dem Land Hessen gehört. Der Universitätsstadt Marburg liegen hierzu keine Angaben vor.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Steffen Rink
Fraktion / Partei:	SPD

Wie und in welchem (auch: finanziellen) Umfang hat der Magistrat den Verein „SubQultur e. V.“ bzw. dessen Vorgängerverein und dessen Umfeld in den vergangenen Jahren bis heute unterstützt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Verein „SubQultur wie sein Vorgänger Kinder- und Jugendzirkus e.V. wurde vor 2019 nicht gefördert.

Am 12.09.19 erfolgte auf Antrag eine Programmförderung im Sinne der Clubkultur in Höhe von 10.000 €. Parallel dazu erfolgte eine enge fachliche (FD 41) sowie betriebswirtschaftliche Beratung durch einen externen Wirtschaftsberater. Sein Honorar in Höhe von 500,-€ wurde ebenfalls vom Fachdienst 41 als operative Clubförderung übernommen. Um kulturellen Tätigkeiten des Vereins SubQultur im Kulturort Q erhalten zu können, gab es darüber hinaus verwaltungsintern verschiedenen Kooperationen, die dazu führten, dass die Liegenschaft Pilgrimstraße 26/28 mit dem Kesselhaus in das Förderprogramm „Lebendige Zentren“ aufgenommen wurde. Darüber hinaus ist der Fachdienst Juni 2019 eng mit dem Vorstandsvorsitzenden des Vereins „Subkultur“ im Gespräch, um bei der Entwicklung des kulturellen, des Wirtschafts- und des Zweckbetriebs konzeptionell zu unterstützen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Sind für die von den Stadtwerke betriebenen Buslinien bisher Wünsche von Fahrgästen oder Elternvertretern bekannt geworden, mehr Busse einzusetzen, um Corona-bedingte Abstandsregeln besser einhalten zu können?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Den Stadtwerken Marburg liegen fünf Rückmeldungen von Fahrgästen aus dem 2. Quartal und vier aus dem 3. Quartal 2020 vor, in denen Busse als „zu voll“ gemeldet wurden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

In welchem Umfang wurden in der Vergangenheit (vor dem Shutdown) die Unternehmersprech-tage im TTZ genutzt und welche Hauptanliegen kristallisierten sich dabei heraus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

2019 haben 27 Beratungen in diesem Rahmen stattgefunden. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2020 waren es 8 Beratungen. Hierbei wurden neben allgemeinen betriebswirtschaftlichen Belangen von etablierten Unternehmen (wie Rechtsform, Marketing, Businessplan) vor allem Fragen zur Existenzgründung gefolgt vom Thema "Erweiterung" des Geschäftsmodells erörtert. Das Thema Unternehmensnachfolge wurde auch gelegentlich behandelt. In nahezu jedem Beratungsgespräch wurden Fragen zum Thema "Finanzierung" besprochen, da der Schwerpunkt des Sprechtags mit der Wi-Bank die Finanzierung ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

Wieviel Hektar Wald befinden sich auf dem Gebiet der Stadt, für den die Stadt auch verantwortlich ist und in welchem Zustand befindet sich der Waldbestand?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Gebiet der Stadt befinden sich ca. 250 ha Waldfläche.

Da sich der zuständige Revierförster von Hessen-Forst bis 5. 10. 2020 im Urlaub befindet, werden wir über den Zustand des städtischen Waldes erst nach diesem Zeitpunkt eine Auskunft erteilen können.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit wann und wie lange noch besteht die erhebliche Beeinträchtigung der Nutzbarkeit des sehr stark frequentierten Fahrradweges über die Cappeler Felder durch tiefe Einkerbungen im Wegebelaag (infolge von Bauarbeiten?)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Ortsbeirat Cappel hat den DBM mit Arbeiten zur Feldwegeinstandsetzung beauftragt. Die durch diese Arbeiten entstandenen Fräskanten werden noch im Lauf der 39. KW beseitigt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wann eigentlich und warum und unter wessen politischer Verantwortung (Egon Vaupel, Franz Kahle, Wieland Stötzel und/oder Thomas Spies?) ist die Stadt Marburg aus dem europaweiten Aktionstag „Autofreier Tag der Kampagne 'In die Stadt – ohne mein Auto‘ am 22/09 ausgesichert, der, was die Beteiligung angeht, ein Erfolgsmodell war?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Umweltaktionstage – „In die Stadt ohne mein Auto“ hat die Stadt Marburg in der Zeit von 2000 bis 2014 alleine - seit 2015 bis 2016 in Kooperation mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf ausgerichtet. Die Einstellung des Umweltaktionstages im Jahr 2017 hatte verschiedene Gründe:

1. Haushaltsmittel

Die Mittel für die Ausrichtung wurden bereits 2016 aufgrund der damaligen Haushaltssituation so beschnitten, dass die Durchführung nur in Kooperation mit dem Landkreis möglich war. 2017 mussten aufgrund der Haushaltslage weiterhin Sparpotentiale in allen Fachdiensten realisiert werden. In Abstimmung mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf wurde daher auf die Ausrichtung seit 2017 verzichtet und die eingeplanten städtischen Mittel für zusätzliche Leihräder und die die Freifahrten (30 Minuten für alle) mit dem Fahrradverleihsystem *nextbike* verwendet.

2. Abwägung: Höhe der Aufwendungen für einen Tag zu „Nutzen“

Die Konzeption des Tages sah zentral gelegene Veranstaltungsorte in der Innenstadt – konkret Elisabeth-Blochmann-Platz, Lahnwiesen, Uferstraße – vor. Damit verbunden waren auch die temporäre Sperrung der Weidenhäuser Brücke sowie der Uferstraße. Diese Straßensperren haben einen erheblichen organisatorischen wie finanziellen Aufwand bedeutet. Zusammen mit den an dem Tag angebotenen Informationsständen, Materialien, Sport-, Spiel- und Mitmachangeboten sowie der Ausstellung zu Verkehrsalternativen (Elektro-Autos, Elektro-Fahrräder, ...) lagen die Gesamtkosten letztlich bei über 34.000 €. Die Planung, Abstimmung und Organisation hat zudem einen erheblichen Personalbedarf verursacht. In Abwägung der erheblichen organisatorischen Aufwendungen (Personal bei Stadt und Landkreis) plus der direkten Kosten zu der Zahl der Besucher haben sich die Stadt Marburg und der Landkreis auch 2018 darauf verständigt, den Umweltaktionstag in dem bisherigen Format einzustellen. Dazu kam im Jahr 2018, dass die Weidenhäuser Brücke ohnehin baubedingt gesperrt war und der Elisabeth-Blochmann-Platz wegen Baumaterial für den Aktionstag nicht zur Verfügung stand. Viele an den Umweltaktionstagen vorgestellten Mobilitäts- und Verkehrsalternativen sind inzwischen auch nicht mehr „innovativ“, sondern stehen einem breiten Nutzerspektrum im Alltag zur Verfügung, d.h. sie benötigen keine Anfangsinformationen und Werbemaßnahmen mehr. Dies betrifft beispielsweise Leihräder *nextbike*, Elektro-Fahrräder & Elektro-Lastenräder, Elektro-Fahrzeuge, ... Aus Sicht des Magistrats ist das im Haushalt zur Verfügung stehende Geld in dem Fahrradverleihsystem einschließlich kostenloser Ausleihe besser investiert.

- 2 -

Umwelt-, Mobilitäts-, Verkehrs- und Klimaschutzthemen wurden in Folge in anderen Formaten, wie z.B. dem Mobilitätstag oder Veranstaltungen zum Klimaschutz, vorgestellt. Für 2021 oder 2022 sind weitere Veranstaltungen im Rahmen der Mobilitätsplanungen oder des Klima-Aktionsplans möglich. Vorab muss die Entwicklung der Corona-Pandemie und deren Wirkung auf Großveranstaltungen abgewartet werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Die ehrenamtlich Tätigen vom Technischen Hilfswerk THW in der Molkereistraße in Marburg/Süd fühlen sich eingeschränkt in ihrer Arbeit durch die angrenzende Wohnbebauung (Lärm bei Reparaturarbeiten an techn. Geräten bis 22.00 Uhr).

Welche Hilfestellung kann seitens der Stadt geleistet werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Dem Ortsbeauftragten des THW ist nicht bekannt, dass sich die ehrenamtlich Tätigen in ihrer Tätigkeit eingeschränkt fühlen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie kann die Dezernentin das Chaos an den Bushaltestellen nach Schulschluss besonders u.a. in der Schwanallee für die Schülerinnen und Schüler nach der Corona Schutz- und Hygieneverordnung verbessern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Gleich nach Beginn des Schulstarts wurden die Schulleitungen über das Problem informiert und gebeten, die Schüler*innen und Eltern zu diesem Thema zu informieren und zu sensibilisieren, dass ein freiwilliges Tragen von Masken bereits an der Bushaltestelle sinnvoll ist, um bei dieser Nähe eine mögliche Ansteckung mit dem Virus zu reduzieren. In Absprache mit dem Ordnungsamt erscheinen Kontrollen und Maßnahmen, wie Platzverweise wenig zielführend, weil die Schüler*innen auf den Bus angewiesen sind.

Da diese Situation sowohl für uns als Schulträger als auch für die Stadtwerke und das Staatliche Schulamt sehr unbefriedigend ist, suchen wir gemeinsam aktiv nach Veränderungen, um Schüleransammlungen an Bussen zu minimieren.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen um die Corona-Hygiene-Regeln auf den Schulwegen – vor allem in Schulbussen – sicher zu stellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Maßnahmen in den Bussen richten sich nach den aktuellen Corona-Verordnungen zur Nutzung des ÖPNV. Dazu gehört in erster Linie das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung. Die Überwachung dieser Maßnahme obliegt den Stadtwerken als Verkehrsunternehmen. Da aus Sicht des Magistrats auch versucht werden muss, den Schulbusverkehr zu entzerren, befinden wir uns aktuell in engem Austausch mit dem Staatlichen Schulamt und den Stadtwerken um gemeinsam ein nachhaltiges und wirkungsvolles Konzept zu erarbeiten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele Kinder und Jugendliche werden derzeit durch Vormundschaften betreut und wie viele ehrenamtliche Vormünder*innen nehmen diese Aufgabe wahr?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 51 - Zentrale Jugendhilfedienste
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Derzeit werden durch das Jugendamt der Stadt Marburg für 52 Kinder und Jugendliche Vormundschaften oder Ergänzungspflegschaften ausgeführt.

Bezüglich der Anfrage zu ehrenamtlichen Vormundschaften können seitens des Jugendamtes keine Aussagen getroffen werden, da diese von den jeweils zuständigen Familiengerichten bestellt werden.

In Einzelfällen (ca. zwei Fälle pro Jahr) werden Vormundschaften/Ergänzungspflegschaften vom Jugendamt an Einzelvormünder*innen abgegeben und vom Familiengericht bestellt. Diese können jedoch sowohl berufsmäßig (z.B. Rechtsanwälte*innen) als auch ehrenamtlich (z.B. Verwandte oder Pflegeeltern) tätig sein.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Einmütig hat das Stadtparlament im Januar 2019 beschlossen, dass der Magistrat die Voraussetzungen schaffen soll, um noch im gleichen Jahr eine Gemeinwohl-Bilanz für die Stadtwerke auf den Weg zu bringen. Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, wie erfolgreich waren diese und weshalb hat er dem Stadtparlament noch nicht berichtet, wie ebenfalls im Beschluss vorgesehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat ist dem gerne nachgekommen und auch der Aufsichtsrat der Stadtwerke ist dem Wunsch gerne gefolgt. Die Stadtwerke haben den Gemeinwohlbericht erstellt. Dem Aufsichtsrat werden voraussichtlich im Spätherbst diesen Jahres die Prüfungsergebnisse vorgelegt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Dem Magistrat ist bisher nicht gelungen, wie mehrfach zugesichert, ein Verfahren zur Nachverfolgung von Beschlüssen des Stadtparlaments bereitzustellen. Wird es möglich sein, eine Liste der in der Wahlperiode umgesetzten Beschlüsse mit den daran beteiligten Fachdiensten anzufertigen, ebenso eine Liste der nicht umgesetzten Beschlüsse (mit entsprechender Begründung)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung der sogenannten Beschlussverfolgung mit Hilfe des Ratsinformationssystems ALLRIS hat sich leider aufgrund personeller und organisatorischer Umstände mehrfach verzögert. Nach einer Vakanz im Bereich der Betreuung der ALLRIS-Anwendungen im Vorjahr lag der Fokus im Fachdienst Technische Dienste zu Beginn dieses Jahres aufgrund der Coronapandemie darauf, die zur Aufrechterhaltung des Verwaltungsbetriebes notwendigen Homeoffice-Arbeitsplätze zu organisieren und einzurichten sowie digitale Lösungen für Besprechungen und sonstige Meetings zu implementieren.

Nach der schrittweisen Rückkehr in den „Normalbetrieb“ auch in einem Großteil der Fachdienste wurde jedoch zwischenzeitlich mit der Einführung der Beschlussverfolgung, die eine Einweisung der Mitarbeiter*innen vor Ort in den jeweiligen Fachdiensten erfordert, begonnen, und wird zeitnah sukzessive fortgeführt.

Die Bereitstellung einer Liste mit den in der Fragestellung geforderten Angaben ist bei einer Anzahl von ca. 600 in der laufenden Legislaturperiode gestellten Anträgen aufgrund des immensen Rechercheaufwandes für die Verwaltung in einem angemessenen zeitlichen Rahmen nicht zu leisten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2019 sind Ausschlüsse von Menschen wegen ihrer Behinderung vom Wahlrecht grundgesetzwidrig.

Wie ist sichergestellt, dass Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung bei der Kommunalwahl ihr Wahlrecht ausüben können, z. B. durch Wahlinformationen und –unterlagen in Leichter Sprache?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Menschen mit Behinderungen, die aufgrund kognitiver Beeinträchtigungen Verständnisschwierigkeiten haben, sollen durch Hinweise und Wahlunterlagen in leichter Sprache über das Wahlrecht informiert werden. Bereits im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2016 wurden Erläuterungen zu den Musterstimmzetteln in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt. Dies soll auch im Zuge der Kommunalwahl 2021 fortgeführt werden.

Ferner ist vorgesehen, dass Materialien für die Kommunalwahl 2021 entwickelt werden, die es Menschen mit Lernschwächen und anderen Menschen, für die Sprache eine Hürde darstellt, ermöglicht, den Zugang zu politischer Teilhabe zu erleichtern. Hierzu entwickelt und realisiert die Projektgruppe „Kommunalwahl 21 – Verstehen und Mitmachen“ Ideen und Vorschläge.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Weshalb waren nur der Name und die Unterschrift des Oberbürgermeisters auf den "Stadtgeld-Gutscheinen" abgedruckt und nicht auch die des gesamten Magistrats oder zumindest des Bürgermeisters?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung des Projektes Stadtgeld erfolgte verantwortlich im FB7, das dem Dezernat I zugeordnet ist. Deshalb unterschrieb als zuständiger Dezernent der Oberbürgermeister. Bei anderen Projekten aus dem Beschluss „Marburg Miteinander“ werden ebenfalls die zuständige*n Dezernent*innen unterschreiben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

In welcher Form und Größe ist der Neujahrsempfang 2021 gegenwärtig geplant? Soll er überhaupt stattfinden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Ein Neujahrsempfang als Präsenzveranstaltung ist aufgrund der durch die Corona-Pandemie gegebenen Rahmenbedingungen für 2021 nicht geplant.

Ob eine Neujahrsrede in Form einer Videobotschaft, zu erreichen über die Homepage der Stadt, als mögliche Alternative angeboten wird, wird derzeit geprüft.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte erklären, wieso er beim Liegenschaftsverkauf die Treuhandliegenschaft der ehemaligen Schreinerei Hubert an Gunther Schneider in der Liegenschaftssitzung vom 20.8.2020, auf meinen berechtigten Einwand des viel zu niedrigen Verkaufspreises, erklären ließ, "dass es sich beim Lokschuppenareal bekanntermaßen um eine Konzeptausschreibung gehandelt habe und der Grundstückskaufpreis bereits beim seinerzeitigen Zuschlag an die Firma Schneider Gründer- und Kulturzentrum GmbH & Co. KG vereinbart worden sei.", obwohl die Schreinerei Hubert eben explizit nicht zur "optional erweiterten Fläche" in der Ausschreibung und somit der Konzeptausschreibung gehörte?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der vom Bau- und Planungsausschuss am 21.09.2017 beschlossene Verkauf des Lokschuppens zusammen mit dem Werkstattgebäude wurde gemäß der Empfehlung des Auswahlgremiums vom 07.09.2017 umgesetzt und basiert auf dem von der Schneider Gründer- und Kulturzentrum GmbH & Co. KG eingereichten Konzept (s. Anlage). Dieses Konzept, das vom Auswahlgremium empfohlen wurde, beinhaltete neben dem Lokschuppen und dem Werkstattgebäude auch das Gebäude/die Fläche der Schreinerei Hubert und war insofern Bestandteil des auf den Quadratmeter Grundstücksfläche bezogenen Kaufpreisangebotes. Mit der Annahme dieses Angebotes war der Kaufpreis somit auch für die Fläche der Schreinerei Hubert bindend.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, wann für das Neubauprojekt Rosengärten in Cappel die Baugenehmigung erteilt wurde, ob die Einwände des Ortsbeirates berücksichtigt wurden und wie viele Sozialwohnungen dank der gültigen Sozialquote in Marburg realisiert werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Baugenehmigung für die Errichtung von 3 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 40 Wohneinheiten und 2 Gewerbeeinheiten in der Umgehungsstraße in 35043 Marburg/Cappel wurde bis heute noch nicht erteilt. Das Vorhaben befindet sich aktuell noch in Bearbeitung. Hierzu wurde der Ortsbeirat am 26.08.2020 beteiligt. Zu den geäußerten Bedenken gibt es bereits eine Antwort vom FD Stadtplanung an den Ortsvorsteher.

Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von sogenannten Sozialwohnungen aufgrund der stadinternen Quotenregelung für den geförderten Wohnungsbau in der Universitätsstadt Marburg besteht nicht, da die Voraussetzungen im betroffenen Bereich nicht vorliegen.

Auf freiwilliger Basis hat sich der Bauherr jedoch bereit erklärt, 2 Wohneinheiten, in einem anderen Gebäude (Eisenstraße 5f, 35039 Marburg), dem sozialen Wohnraum zu widmen. Eine entsprechende Vereinbarung hierzu wurde bereits gegenseitig unterzeichnet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass im vorderen Bereich der sogenannten Marburg Mall in der Universitätsstraße mehr Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Vom Investor der Marburg Mall wurde zu Beginn der Planungsarbeiten eine Bauvoranfrage bei der Bauaufsicht gestellt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde auch die notwendige Anzahl an Fahrradabstellplätzen nach der geltenden Stellplatzsatzung ermittelt. Danach ergab sich bei den verschiedenen Nutzungen innerhalb des Gebäudes ein Bedarf von 80 Stellplätzen.

Diese Anzahl an Stellplätzen wurde in der Planung auch berücksichtigt und umgesetzt. Zwischenzeitlich wurden sogar am Haupteingang Universitätsstraße zusätzliche Anlehnbügel installiert, die sehr stark genutzt werden.

Bei den vorhandenen Anlagen in der Schulstraße sowie auf der Nordseite des Gebäudes im Verbindungsgang zwischen Universitätsstraße und Schulstraße sind jedoch noch Kapazitäten vorhanden.

Von Seiten des Magistrats besteht aufgrund der Erfüllung aller baurechtlichen Vorschriften somit derzeit keine Handhabe zur Forderung zusätzlicher Anlagen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Was ist aus der vom Fragesteller angeregten und von der ZIMT-Koalition aufgenommenen Idee einer Begrünung der Bushaltstellen analog zur niederländischen Stadt Utrecht (siehe Oberhessische Presse vom 12.09.19) geworden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Für die Realisierung sind verschiedene Partner, wie Stadtwerke Marburg, Ströer Media Deutschland GmbH (Köln) und die städtischen Fachdienste „Stadtgrün und Friedhöfe“ sowie „Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel“ in Abstimmung. Ein vor Ort Termin aller Beteiligten war für das Frühjahr 2020 anvisiert. Dieser fand wegen der Corona Pandemie nicht statt. Ein Ersatztermin soll voraussichtlich im Oktober stattfinden.

Bei dem Abstimmungstermin sollen Realisierungsmöglichkeiten sowie das konkrete Vorgehen in Marburg bei den bereits vorhandenen Buswartehäuschen angesprochen werden. Hier stehen statische sowie finanzielle Ausgangsbedingungen und die Pflege nach Installation im Vordergrund.

Nach der ersten Prüfung stellte sich im Vorfeld heraus, dass die vorhandenen Buswartehäuschen nicht zur Nachrüstung geeignet sind und komplett auszutauschen wären. Dies kann in einem ersten Schritt zum Schutz der Ressourcen (die jetzt eingesetzten Buswartehäuschen sind noch ansehnlich und erfüllen ihren Zweck) sowie aus finanziellen Aspekten lediglich an ausgewählten Standorten geschehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Stefan Oberhansl
Fraktion / Partei:	CDU

Welche kulturellen Projekte, Events und ggf. wiederkehrende Abendveranstaltungen werden durch die Stadtverwaltung umgesetzt bzw. befinden sich - nicht zuletzt wegen des bevorstehenden Semesterbeginns und kälteren klimatischen Bedingungen - in der ggw. Planung, um den Pandemie-Bestimmungen entsprechende Angebote selbst vorzuhalten und eine Zunahme an illegalen Versammlungen bzw. solche, welche wiederholt gegen Hygienebestimmungen verstoßen oder verstoßen könnten, entgegen zu wirken?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst Kultur führt derzeit im Rahmen der Themenschwerpunkte „Andersartig. Hexen. Glaube. Verfolgung“ sowie „Magie der Kräuter“ diejenigen kulturellen Projekte und Veranstaltungen durch, die sich an die derzeitigen Hygienebestimmungen anpassen lassen. Dies sind zusammen mit regelmäßigen Veranstaltungen der Stadt (Final Cut, Kultur Mobil, Feierlichkeiten des 9. Novembers, Krippenausstellung, Weihnachtsaktivitäten) mehr als 50 Veranstaltungen in den letzten Tagen des 3. und im 4. Quartal (s. Anhang). Dazu kommen die geplanten Veranstaltungen im Erwin-Piscator-Haus, des Jugend- und Sportamts und vieler anderer städtischer Fachdienste.

Darüber hinaus sind bislang keine zusätzlichen großen Kulturevents oder wiederkehrende Abendveranstaltungen von der Stadtverwaltung geplant. Dies auch deshalb, weil öffentliche Förderung subsidiär zu privatem Engagement ist. Die Durchführung größerer Events oder wiederkehrende Abendveranstaltungen ist zunächst privatwirtschaftlichen (Konzertagenturen, Kulturkneipen, freien Theatern) oder zivilgesellschaftlichen Interessenten vorbehalten.

Da Marburg mit dem Stadtmarketing e.V., drei soziokulturellen Zentren und rund über 100 geförderte Vereinen über eine reiche Kulturszene verfügt, konzentriert sich die kommunale Aufgabe zur Aufrechterhaltung der kulturellen Infrastruktur zunächst auf die Förderung dieser Veranstaltungen und Anbieter, sofern sie - auf Basis der COVID-19-Förderichtlinien und unter Berücksichtigung des Europäischen Beihilfegesetzes – gemeinwohlorientiert, nicht wettbewerbsverzerrend sind sowie soziale und kulturelle Zwecke erfüllen. (Art. 107 III AEUV).

Dazu werden Projekt gefördert – etwa Online Livestreams von elektronischer Musik ebenso wie von instrumentierten Live-Konzerten, Präsenz-Konzerte, Podcasts, Führungen, Theater- und Musicalproduktionen, Hörspiele, Videoprojekte. Einige dieser für und unter Coronabedingungen geplanten Veranstaltungen werden auch in Herbst und Winter 2020 veranstaltet werden. Derzeit sind Förderanträge auf Konzertreihen und ein großes Festival auf der Schlossparkbühne in Bearbeitung.

Darüber hinaus unterstützt der Fachdienst Kultur einzelne Kultursparten und –Anbieter bei der Suche nach coronatauglichen Räumen und der Entwicklung von angepassten Hygienehandreichungen für Zusammenkünfte kultureller Bildung z.B. Chöre, Kunstschaufende und die Musikschule. Er tut dies in der Hoffnung, dass sich Menschen – auch im Semester und unter kälteren klimatischen Bedingungen – abendlich treffen zu können, um gemeinsam zu singen, zu musizieren, Kunst zu machen oder Konzerte, Schauspiel oder Musical zu besuchen und so illegale Versammlungen zu vermeiden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister